



## **Fatah al-Islam und die politische Krise im Libanon**

von Samir Farah, FES Libanon

- Die Kämpfe in Nahr el Bared lähmen erneut den politischen Dialogprozess im Libanon.
- Es droht die Gefahr eines Flächenbrandes und Unruhen in den palästinensischen Flüchtlingslagern.
- Die Zivilbevölkerung leidet unter einer extrem angespannten Sicherheitslage und dem Zusammenbruch des Tourismussektors.
- Die Durchführung der lang ersehnten Präsidentschaftswahlen am 25. September ist gefährdet.
- Mit der möglichen Einsetzung einer Parallellregierung wäre die politische Blockade des Libanon perfekt.

Seit dem Ausbruch von Kämpfen zwischen der libanesischen Armee und der Extremistengruppe Fatah al-Islam am 20. Mai in Tripoli und im benachbarten palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared, hat sich die politische Krise im Libanon weiter verschärft. Auslöser der bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen mindestens 70 Menschen ums Leben kamen, war eine Wohnungsdurchsuchung in Tripoli durch die libanesischen Sicherheitskräfte. Sie stand in Zusammenhang mit einem Bankraub, der Anhängern der Fatah al-Islam zugeschrieben wurde. Im Gegenzug griff die Fatah al-Islam Armeeposten an. Nachdem es anfänglich noch in der Stadt Tripoli selbst zu Schießereien kam, haben sich die Kämpfer von Fatah al-Islam mittlerweile in Nahr al-Bared verschanzt und liefern sich sporadische Schusswechsel mit der Armee. Von den rund 40.000 in Nahr al-Bared lebenden Palästinenserinnen und Palästinensern sind mehr als drei Viertel geflohen - die meisten ins benachbarte, kleinere Lager Beddawi, in dem die Versorgungslage aufgrund der innerhalb weniger Tage fast verdoppelten Bevölkerungszahl mittlerweile katastrophal ist.

### **Fatah al-Islam: Die Hintergründe**

Erst im November 2006 war Fatah al-Islam als politische Gruppierung in Erscheinung getreten. Zuvor waren ihre Mitglieder Teil der Gruppe Fatah al-Intifada, die wiederum 1983 durch eine Abspaltung von der Fatah Yassir Arafats entstand und für ihre Nähe zu Syrien bekannt ist. Der Anführer von Fatah al-Islam, der Palästinenser Shaker al-Absi, war mehrere Jahre in Syrien im Gefängnis und wurde in Jordanien in Abwesenheit wegen des Anschlags auf einen US-Diplomaten zum Tode verurteilt. Die Anzahl der Kämpfer von Fatah al-Islam wird auf 100 bis 200 Personen geschätzt. Viele von ihnen sollen arabischer, jedoch nicht palästinensischer Herkunft sein. Ihre militärische Ausrüstung sollen sie bei ihrer Abspaltung im November 2006 der Fatah al-Intifada abgenommen haben. Nach wie vor umstritten ist, von welcher Seite die Organisation unterstützt wird: Zahlreiche Beobachter sehen in ihr ein Instrument Syriens; andere schenken Berichten Glauben, denen zufolge Saad Hariri, Vertreter der Parlamentsmehrheit und Sohn des ermordeten Ex-Premierministers, eventuell mit US-amerikanischer Unterstützung, die Gruppe gefördert und

#### **Ansprechpartnerin:**

Michèle Auga  
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

michele.auga@fes.de  
Tel: 030 / 26935-922  
Fax: 030 / 26935-757

bis vor kurzem finanziell unterstützt haben soll, um auf diese Weise ein sunnitische Gegengewicht zur schiitischen Hisbollah-Miliz aufzubauen.

Auch wenn nach offizieller Darstellung keine Verbindungen zu Al-Qaida vorhanden sind, soll Shaker al-Absi mit dem Anführer der Organisation im Irak, Abu Mousab Al-Zarqawi, in Kontakt gestanden haben. Eine Organisation namens „Al-Qaida in Großsyrien“ hat zudem in einer Videobotschaft mit Racheakten gegen die Christen im Libanon gedroht, sollten die Angriffe auf Fatah al-Islam fortgesetzt werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass all diese Verbindungen zeitgleich oder nacheinander existier(t)en und dass sich die Extremisten von unterschiedlicher Seite für ihr Projekt des „Kampfes gegen Amerika und die Juden“ unterstützen lassen.

### **Reaktionen auf die Krise**

Obwohl alle libanesischen und palästinensischen Fraktionen die Angriffe von Fatah al-Islam verurteilten und der Armee ihre Unterstützung aussprachen, haben die Auseinandersetzungen im Norden des Landes den Graben zwischen Regierungsanhängern und Opposition weiter vertieft. Verschiedene Politiker beschuldigen die jeweilige Gegenseite, Fatah al-Islam zu unterstützen, um das Land destabilisieren oder ihre Gegner schwächen zu wollen. Die US-amerikanische Militärhilfe, die die Regierung kurzfristig erhalten hatte, wird insbesondere von der Hisbollah als „gefährlich“ kritisiert.

Die Lage ist umso angespannter, als seit Beginn der Auseinandersetzungen jeweils eine Autobombe in den Beiruter Vierteln Ashrafieh (mehrheitlich christlich) und Verdun (mehrheitlich sunnitisch) sowie im Ferienort Aley (mehrheitlich drusisch) explodierten und darüber hinaus zwei Handgranaten detonierten. Ein Mensch wurde getötet, zahlreiche Personen verletzt und großer Sachschaden angerichtet. Fatah al-Islam bekannte sich zunächst in einem Fax zu den ersten beiden Bomben. Diese

Erklärung wurde jedoch von ihrem Sprecher, Abu Salim Taha, später widerrufen.

Von palästinensischer Seite werden die schweren Bombardierungen des Flüchtlingslagers Nahr al-Bared durch die Armee kritisiert. Es wird befürchtet, dass sich militante Gruppierungen aus anderen Lagern mit der Fatah al-Islam solidarisieren könnten. Je weniger die Armee Rücksicht auf die in Nahr al-Bared verbliebenen Zivilisten nimmt, desto eher ist mit einem Aufbegehren der rund 400.000 Palästinenserinnen und Palästinenser im Land zu rechnen. Allerdings steht die libanesische Regierung in ständigem Kontakt mit allen palästinensischen Fraktionen, um gemeinsam eine Lösung zu finden, zumal die libanesische Armee - einem Abkommen von 1969 zufolge - nicht in die palästinensischen Flüchtlingslager eindringen darf.

### **Ausblick**

Da bisher trotz verschiedener Vermittlungsversuche weder eine militärische noch eine politische Lösung in Sicht ist, könnte die Konfrontation im Norden noch länger andauern. Auch diese Krise bietet für viele libanesischen Politiker der verschiedenen politischen Lager einen Vorwand, den angeblichen ausländischen Einfluss oder die Allianzen der jeweiligen Gegenseite mit dem Westen bzw. mit Syrien und Iran, für die Probleme des Landes verantwortlich zu machen und damit eine interne politische Einigung zu verhindern.

Der Verdacht einer Unterstützung der Extremisten durch Syrien entsteht u.a. durch die Tatsache, dass die Unruhen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt ausbrachen, als der UN-Sicherheitsrat zu Beratungen über die Einrichtung des internationalen Tribunals zur Untersuchung des Mordes an Ex-Premierminister Rafik Hariri und zahlreicher weiterer Attentate zusammen getreten war. Nicht nur das unter Tatverdacht stehende Regime in Damaskus, sondern auch die Hisbollah wehrt sich vehement gegen die Einrichtung dieses Tribunals unter internationaler Aufsicht nach Kapitel 7 der UN-Charta. Je härter die Konfrontation in diesem

### **Ansprechpartnerin:**

Michèle Auga  
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

michele.auga@fes.de  
Tel: 030 / 26935-922  
Fax: 030 / 26935-757

Streitpunkt ausfällt, umso unwahrscheinlicher erscheint es, dass sich Regierung und Opposition auf einen Kompromisskandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 25. September einigen. Sollte dies nicht geschehen, besteht jedoch die Gefahr, dass der amtierende Präsident Emile Lahoud sein Mandat nicht abgibt und eine Parallelregierung einsetzt, da er das von Ministerpräsident Siniora angeführte Kabinett seit dem Rücktritt von sechs Ministern im vergangenen November als illegitim bezeichnet.

Der durch die politische Konfrontation ohnehin bereits gelähmte Libanon befindet sich seit Beginn der Auseinandersetzungen

zwischen der Fatah al-Islam und der libanesischen Armee noch mehr im Stillstand. Die libanesische Bevölkerung ist verunsichert und verängstigt, zumal die kleineren Bombenanschläge und Granatenwürfe der vergangenen Tage stets belebte Einkaufszentren zum Ziel hatten. Der Tourismussektor, der schon im vergangenen Jahr durch den Krieg zwischen Israel und der Hisbollah herbe Verluste zu verzeichnen hatte, scheint auch in diesem Jahr stark gefährdet, obwohl Geschäftsleute und Unternehmer die Regierung und Opposition ausdrücklich um eine „Waffenruhe“ von 100 Tagen (vom 1. Juni bis 10. September) gebeten hatten.

1. Juni 2007

**Ansprechpartnerin:**

Michèle Auga  
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
HiroshimasträÙe 17, 10785 Berlin

michele.auga@fes.de  
Tel: 030 / 26935-922  
Fax: 030 / 26935-757